

Nr. 15/342 S

Folgender Tagesordnungspunkt wird ausgesetzt:

Ortsgesetz zur Änderung der Gebührenordnung für die stadteigenen Friedhöfe in Bremen

Mitteilung des Senats vom 24. Juli 2001
(Drucksache 15/336 S)

Nr. 15/343 S

Fragestunde

1. Zukunft der Hohentorsheerstraße
Anfrage der Abgeordneten Jäger, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 29. August 2001
2. Fuß- und Radwege in den Wallanlagen
Anfrage der Abgeordneten Brigitte Dreyer, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 11. September 2001
3. Geruchsbelästigung durch die Kompostierungsanlage
Anfrage der Abgeordneten Karl Uwe Oppermann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 11. September 2001
4. Ausleuchtung der Bauwerke in der Bremer Innenstadt bei Nacht
Anfrage der Abgeordneten Pflugradt, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 13. September 2001
5. Rückbau der Poller an der Oslebshauer Heerstraße
Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 17. September 2001
6. Nutzung Hafenrandstraße
Anfrage der Abgeordneten Strohmann, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 17. September 2001
7. Koordinationsstelle der Jugendgerichtshilfe im Amtsgericht
Anfrage der Abgeordneten Pietrzok, Böhrnsen und Fraktion der SPD vom 17. September 2001
8. Beirätebeteiligung beim Ausbau von Straßen und bei der Einrichtung von Verkehrsberuhigungsmaßnahmen
Anfrage der Abgeordneten Kastendiek, Eckhoff und Fraktion der CDU vom 18. September 2001

Die Stadtbürgerschaft nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.

Nr. 15/344 S

Aktuelle Stunde

Für die Aktuelle Stunde ist von den Fraktionen kein Thema beantragt worden.

Nr. 15/345 S

Haushaltsgesetze und Haushaltspläne der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für die Haushaltsjahre 2002 und 2003

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001
(Drucksache 15/350 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist die Haushaltsgesetze der Freien Hansestadt Bremen für die Haushaltsjahre 2002 und 2003, die Haushaltspläne und die Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2002 und 2003, die Produktgruppenhaushalte für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 und die produktgruppenorientierten Stellenpläne für die Haushaltsjahre 2002 und 2003 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/346 S

Nachtragshaushaltsgesetz und Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) 2001

Mitteilung des Senats vom 21. August 2001
(Drucksache 15/351 S)

Die Stadtbürgerschaft überweist das Nachtragshaushaltsgesetz und den Nachtragshaushaltsplan der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde) für das Haushaltsjahr 2001 zur Beratung und Berichterstattung an den städtischen Haushalts- und Finanzausschuss.

Nr. 15/347 S

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 32 vom 4. September 2001

(Drucksache 15/356 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petitionen wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/348 S

Bericht des Petitionsausschusses Nr. 33 vom 18. September 2001

(Drucksache 15/366 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt die Behandlung der Petition wie vom Ausschuss empfohlen.

Nr. 15/349 S

**Flächennutzungsplan Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001
1. Änderung (ehemals 85. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983)
– Stadtbezirke West, Süd und Ost –
Teile A bis F (Windkraftanlagen)**

Mitteilung des Senats vom 4. September 2001
(Drucksache 15/357 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt den Plan zur 1. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen in der Fassung der Bekanntmachung vom 31. Mai 2001 (ehemals 85. Änderung des Flächennutzungsplanes Bremen 1983).

Nr. 15/350 S

Aktive Bürgerstadt Bremen

Mitteilung des Senats vom 4. September 2001
(Drucksache 15/358 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von der Mitteilung des Senats Kenntnis.

Nr. 15/351 S

Bremer Straßenbahn AG

Kontrakt zwischen der Freien Hansestadt Bremen (Stadtgemeinde), der Bremer Straßenbahn AG (BSAG), der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr (ÖTV) und dem Betriebsrat der Bremer Straßenbahn AG

Mitteilung des Senats vom 4. September 2001
(Drucksache 15/359 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des Senators für Bau und Umwelt und des Senators für Finanzen vom 12. Juni 2001 über den Abschluss eines Kontraktes mit der BSAG Kenntnis.

Nr. 15/352 S

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Umwelt und Ernährung

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 11. September 2001
(Drucksache 15/361 S)

Dieser Antrag ist vom Antragsteller zurückgezogen.

Nr. 15/353 S

Kinder und Jugendliche schützen – Gesundheitsrelevante Umweltbelastungen beseitigen!

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
vom 24. September 2001
(Drucksache 15/368 S)

Die Stadtbürgerschaft lehnt den Antrag ab.

Nr. 15/354 S

Gesundheit von Kindern und Jugendlichen: Ernährung und Bewegung

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 25. September 2001
(Drucksache 15/369 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf,

1. gesunde Ernährung und Bewegung zu fördern:
 - das Agenda-21-Projekt „KITA – Küche der kurzen Wege“ ist auszuweiten,
 - für die Küchen der Schulen und Kindertagesstätten ist die Einführung ökologischer Beschaffungsrichtlinien zu prüfen,
 - gesunde Ernährung in der Schule muss gefördert werden. Frühstücks- und Mittagessenangebote müssen vor allem für Kinder in benachteiligten Stadtteilen ausgebaut werden,
 - bedarfsgerechte Außenspielflächen von Kindergärten müssen erhalten werden,
 - die Zusammenarbeit von Kindertagesstätten und Schulen mit den Sportvereinen ist zu fördern. Auf die wichtige Arbeit und vielfältigen Angebote der Sportvereine für Kinder und Jugendliche ist verstärkt hinzuweisen.
2. Die Leistungen des öffentlichen Gesundheitsdienstes sind anzupassen:

Bremen hat eine gut ausgebaute öffentliche Gesundheitsversorgung für Kinder. Das Gesundheitsamt übernimmt eine zentrale Aufgabe. Gesundheitsfördernde und gesundheitssichernde Angebote für Kinder und Jugendliche in schwierigen sozialen Lagen dürfen nicht reduziert werden.
3. Die Gesundheitsberichterstattung ist fortzuschreiben: Die kontinuierliche Gesundheitsberichterstattung des Kinder- und Jugendärztlichen Dienstes ist fortzuschreiben und kleinräumig und sozialräumlich differenziert darzustellen.
4. Die qualifizierte Betreuung junger Patienten muss weiterhin sichergestellt werden. Die Untersuchungen U 9 und U 10 sind durch öffentlichkeitswirksame Maßnahmen bereits mehr in Anspruch genommen worden. Defizite sind bei J 1 festzustellen (in Bremen lediglich 10 Prozent eines Jahrgangs). Der Senator für Gesundheit wird gebeten, gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung in geeignetem Rahmen für eine vermehrte Akzeptanz dieser Untersuchung zu sorgen.
5. Die geplanten Einsparungen bei Zahnprophylaxe und ärztlicher Untersuchung dürfen nur umgesetzt werden, wenn andere adäquate Angebote zu kleinen Versorgungslücken führen.

Nr. 15/355 S

Zukunft der Städtepartnerschaften

Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, der SPD und der CDU
vom 11. September 2001
(Drucksache 15/362 S)

Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, bis zum Ende des Jahres 2001 einen Bericht vorzulegen, der Aufschluss gibt über folgende Fragen:

1. Welche Städtepartnerschaften auf jeweils welcher Grundlage und politischer Begründung unterhält die Stadt Bremen gegenwärtig?
2. Welche Mittel standen für die Gestaltung der Städtepartnerschaften in den letzten zehn Jahren zur Verfügung? Wie viele Personalstellen standen zur Verfügung? In welchen Haushalten waren die Mittel bewilligt?
3. Welche gemeinsamen Veranstaltungen/Projekte sind in den letzten sechs Jahren mit Mitteln der einschlägigen Förderprogramme der EU gefördert worden?

4. Welche Perspektiven sieht der Senat jeweils für die gegenwärtig bestehenden Städtepartnerschaften, wie sollen diese Perspektiven ausgestaltet werden, welche Institutionen/Büros sollen in Partnerstädten unterhalten werden, welche Mittel hält der Senat für erforderlich?
5. Inwieweit beabsichtigt der Senat, in nächster Zeit weitere Städtepartnerschaften einzugehen und nach welchen Kriterien entscheidet der Senat bei diesem Thema?
6. In welchen europäischen Städte-Netzwerken und -Verbänden ist Bremen gegenwärtig engagiert? Welche Perspektiven sieht der Senat in solchen Netzwerken, will er sie ausbauen und weitere eingehen?
7. Welche Möglichkeiten ergeben sich nach Meinung des Senats aus den bestehenden Städtepartnerschaften für interregionale Zusammenarbeit im Zuge der Erweiterung der Europäischen Union?
8. Wie können die Aktivitäten im Rahmen der Städtepartnerschaften der einzelnen Ressorts besser miteinander koordiniert werden? Wie kann die Kooperation mit der Bremischen Bürgerschaft verbessert werden?

Nr. 15/356 S

Entwicklung des Viertels im Bereich der Straßenzüge Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor

Antrag der Fraktionen der CDU und der SPD
vom 17. September 2001
(Drucksache 15/364 S)

1. Die Stadtbürgerschaft fordert den Senat auf, durch Erstellung eines Konzeptes mit Zeit- und Finanzierungsplan unter Einbeziehung von Vertretern aus dem Stadtteil bis zum 31. Dezember 2001 auf eine Verbesserung der Situation im Bereich Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor hinzuwirken. Dabei sind folgende Maßnahmen zu berücksichtigen und zu prüfen:
 - Attraktive Neugestaltung des Straßenraums und Pflasterprofils im Straßenzug Ostertorsteinweg/Vor dem Steintor im Zuge der Neuverlegung der Straßenbahngleise;
 - Verbesserung des Parkraummanagements, um durch eine optimierte Verkehrslenkung die Erreichbarkeit und Auslastung bestehender Parkhäuser zu erhöhen sowie gezielte Schaffung von geordneten Parkmöglichkeiten für Fahrräder;
 - zur Unterbringung des ruhenden Verkehrs ist zu untersuchen, wie durch den Bau neuer Garagen bzw. den Ausbau bestehender Garagen zusätzliche Parkplätze geschaffen werden können;
 - Schaffung eines Anreizsystems zur Aufwertung von Fassaden und zur Schließung von Baulücken;
 - Aufwertung des Stadtteils durch die Neugestaltung der Helenenstraße sowie des Lüneburger und des Mecklenburger Platzes;
 - Änderung städtebaulicher Festsetzungen, z. B. eine beschränkte Aufhebung der Konzessionssperre, die sich positiv auf die Entwicklung dieses Stadtbereiches auswirken könnten;
 - Fortführung des Quartierservice und Intensivierung der Reinigung von Straßen und Plätzen;
 - Erarbeitung eines neuen Stadtteilmarketingkonzeptes (einschließlich eines neu konzipierten Stadtteilfestes) unter Beteiligung von Gewerbe und Gastronomie etc.;
 - Darlegung eines Wirtschaftsförderungskonzeptes zur Ansiedlung zusätzlichen Gewerbes, beispielsweise durch ein Gründerzentrum.
2. Die Stadtbürgerschaft unterstützt die Maßnahmen des Senats für Inneres sowohl zur Verbesserung der Inneren Sicherheit in diesem Bereich als auch bei den Angeboten der Drogenhilfe.

3. Die Stadtbürgerschaft bittet den Senat, über den Stand der Umsetzung des Konzeptes und die Situation im betreffenden Bereich zum 30. Juni 2002 erneut zu berichten.

Nr. 15/357 S

Ortsgesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro

Mitteilung des Senats vom 14. August 2001
(Drucksache 15/345 S)

Die Stadtbürgerschaft beschließt das Ortsgesetz.

Nr. 15/358 S

Ortsgesetz zur Umstellung von Vorschriften aus dem Zuständigkeitsbereich des Senators für Bau und Umwelt auf Euro

Bericht und Antrag des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses
vom 21. September 2001
(Drucksache 15/367 S)

Die Stadtbürgerschaft nimmt von dem Bericht des städtischen Haushalts- und Finanzausschusses Kenntnis.